

DIE UKRAINE VOR DEM SUPERWAHLJAHR 2019 – DIE REGIONEN IM FOKUS

16.-17. OKTOBER, BERLIN, DEUTSCHLAND



Konferenzbericht

von *Nikolaus von Twickel*

Im kommenden Jahr finden in der Ukraine Präsidenten- und Parlamentswahlen statt. Wie wird das Land nach dem Superwahljahr 2019 aussehen? Und wie steht es um die Demokratie in den ukrainischen Regionen? Dies waren die zentralen Themen der diesjährigen Jahreskonferenz der Kiewer Gespräche, die am 16. und 17. Oktober in Berlin stattfand.

Wahlen sind nicht nur wichtige Weichenstellungen, sondern zentraler Baustein der Demokratie, weil sie einen unblutigen

Regierungswechsel ermöglichen, sagte der CDU-Politiker **Ruprecht Polenz** in seiner Rede zu Konferenzbeginn. Polenz, der auch Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde ist, betonte dass der Konflikt in der Ostukraine und um die von Russland besetzte Krim die Ukraine zu einem „permanenten Lackmустest für die europäische Friedensordnung“ machten.

Die Kiewer Schriftstellerin und Rechtsanwältin **Larysa Denysenko** klagte in ihrer Rede über den ausufernden Populismus in ihrem Land. Sie verglich die Bürger mit Goldsuchern, denen das Sieb fehlt um das Edelmetall aus einem Fluss zu waschen. „Bei uns wird das Gold weggenommen und den Menschen nur das Wasser gelassen.“ Die Konferenz solle helfen, Filter zu finden, um geeignete Kandidaten von den Populisten zu unterscheiden.

Wird die Rada-Wahl wichtiger als die Präsidentenwahl?

Wegen des Faktors Russland wird die für Oktober geplante Wahl für das Parlament, die Verkhovna Rada, wichtiger sein als die Präsidentenwahl im März, meinte **Serhiy Rakhmanin**, Chefredakteur der angesehenen Wochenzeitung „Dzerkalo Tyzhnia“ im ersten Panel. Denn wegen der antirussischen Stimmung im Land gebe es keine Chance, dass ein prorussischer Kandidat Präsident wird. „Russland weiß das und wird seine Ressourcen in die Parlamentswahl stecken,“ sagte er. Wenn das gelingt, werde es aus der Rada deutlich mehr Gegenwind für den nächsten Präsidenten geben.

Wer das Rennen um das höchste Staatsamt gewinnt, gilt als völlig offen. Bis zu 72 Politiker könnten antreten, aber die allermeisten haben derzeit keine guten Aussichten. Der vielleicht einzige mit positiven Ratings ist der Popsänger Svyatoslav Vakarchuk – der aber eine Kandidatur bislang nicht bestätigt hat.

Amtsinhaber Petro Poroshenko liegt in Meinungsumfragen bei deutlich unter zehn Prozent, die seiner Konkurrenten sind nicht viel besser. Allerdings: Poroshenkos nationalkonservativer Kurs, der Krieg und die soeben erreichte eigenständige Ukrainisch-Orthodoxen Kirche werden ihm helfen. Rakhmanin: „Wenn Poroshenko seine Wähler mobilisiert, wird es reichen.“

Was die Rada-Wahl betrifft, so hoffen die Experten auf eine geplante Wahlrechtsreform, die die jetzige Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht mit einem reinen Verhältniswahlrecht ersetzen und offene Parteilisten einführen soll. Allerdings ist diese Reform seit ihrer Ankündigung 2014 nur bis zur ersten Lesung gekommen – und das war

im November 2017. Seitdem geht wenig voran, obwohl die Zeit drängt.

Ohne diese Reform, warnte **Yevhen Radchenko** von der Zentralen Wahlkommission, bleibt eine große Zahl von Tricks möglich. Dazu gehört das Ändern von Listenplätzen im Nachhinein sowie intransparente Auswahlverfahren für Direktkandidaten, aus denen sich die Hälfte der Abgeordneten rekrutiert. Dass viel Geld eingesetzt wird, um Kandidaten und Wähler zu beeinflussen, zeigt sich auch daran, dass ukrainische Parteien im Wahlkampf schon mal das dreifache einer vergleichbaren Partei in Deutschland ausgeben.



Die bisherige Verzögerungstaktik der Rada bei dieser Reform sei klarer Beleg dafür, dass es den Abgeordneten an politischem Willen fehle, meinte die Grünen-Europaabgeordnete **Rebecca Harms**. Und bemerkte selbstkritisch, dass die EU hier „nicht so geschickt agiert“ habe, weil die Priorität bei der Korruptionsbekämpfung gelegen habe. Radchenko äußerte Zweifel, dass das Gesetz noch verabschiedet wird: „Wenn das Parlament mit dem alten System gewählt wird, bleibt das alte Parlament“, sagte er pessimistisch.

Aber auch eine Wahlrechtsreform löst nicht alle Probleme, wie die prominente Kiewer Bürgerrechtlerin **Olha Aivazovska** betonte. „Die Europäer denken, dass ein neues Gesetz die Situation ändert. Aber wer garantiert die Umsetzung“, fragte sie.

Der Historiker und Ukraine-Experte **Wilfried Jilge** bemerkte, dass die Maidan-Agenda im derzeitigen Vorwahlkampf praktisch keine Rolle mehr spielte. Stattdessen arbeiteten im Hintergrund Leute aus der Vormaidan-Zeit an ihrem Comeback. Dies erinnere an 2007, als viele der bei der ersten, Orangenen Revolution 2004 geschassten Politiker in die Regierung zurückkehrten.

Hoffnung in den Regionen?

Mehr Optimismus gab es am zweiten Konferenztag, als im zweiten Panel Wahlkampf und die Zivilgesellschaft in den Regionen behandelt wurde.

Aus dem ostukrainischen Mariupol berichtete der Aktivist **Vladyslav Zaitsev**, dass die 2014 umkämpfte Hafenstadt am Asowschen Meer mittlerweile eine der offensten Städte des Landes geworden sei, was die Transparenz der Stadtverwaltung angeht. Allerdings, schränkte er ein, zeigten nur zehn Prozent der Einwohner reges Interesse daran.

Die in den vergangenen Jahren angestoßene Dezentralisierung gilt als eines der bislang beeindruckendsten Reformprojekte, sie birgt aber große Risiken, wie der Leiter von Transparency International Ukraine, **Yaroslav Yurchyshyn**, erklärte.

So gebe es nun zwar riesige Finanzströme nach unten, da seien aber keine effektiven Antikorruptionsbehörden vorhanden. Weil die lokalen Institutionen schwach seien, komme der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle zu, sagte er. Positiv ist laut Yurchyshyn, dass das Vertrauen in die Politik vor Ort um fast ein Drittel höher ist, als auf nationaler Ebene.

So sieht es auch **Oleksandr Solontay**, der Gründer der Partei Syla Ljudey, die sich im

Gegensatz zu den etablierten Parteien, die oft den Wirtschaftsinteressen ihrer Anführer folgen, als Bürgerbewegung versteht: „Wem vertrauen die Ukrainer? Der lokalen Politik, weil sie wissen, was die machen.“ Solontay sagte, er spüre richtig, dass endlich etwas Neues wächst in seinem Land. Früher sei der Staat für seine Bürger eine Art Besatzungsmacht gewesen, das sei jetzt anders. „Wichtig ist, dass wir jetzt nicht stehenbleiben.“

In Mariupol sind die Herausforderungen riesig. Dank seiner kohlebefeuernden Stahlwerke ist die Luftverschmutzung vielleicht die schlimmste im Land. „Die Leute verlassen die Stadt wegen der Luft,“ klagt Zaitsev. Es heißt, dass Metinvest, die Industrieholding des Oligarchen Rinat Akhmetov, Medien und Verwaltung komplett kontrolliert. „15.000 Fabrikarbeiter werden abstimmen, wie es ihnen ihr Direktor sagt“, so Zaitsev, der aber nicht aufgeben will. Ein aktuelles Etappenziel sei der „Bürgerhaushalt“, bei dem jeder mitreden kann, um öffentliche Gelder in seine unmittelbare Nachbarschaft zu leiten.

Warnung vor schleichender Rückkehr sowjetischen Denkens



Die Grünen-Politikerin und langjährige Bundestagsabgeordnete **Mariluisse Beck** fühlte sich bei dem Thema an die Anfänge ihrer eigenen Partei erinnert. Auch den Grünen der 1980er

Jahre sei es darum gegangen, moderne Themen in eine altmodische Gesellschaft zu tragen. Aus Sicht Becks herrscht in den ukrainischen Regionen sowjetisches Denken vor. Sie warnte davor, dass das Land schleichend von autoritären Politikern mit sowjetischen Überzeugungen zurückerobert werde.

Auf den Einwand, dass eine stabile Demokratie mehr Wohlstand brauche, konterte Beck mit dem Hinweis, dass sogar in Deutschland derzeit Menschen, denen es sehr gut gehe, autoritäre Parteien wählten. In der Ukraine geben es riesige Wachstumschancen, etwa in der Landwirtschaft. Viele ausländische Unternehmen seien aber nicht bereit zu investieren, solange die Bedingungen vor Ort nicht besser würden.

Insgesamt ist die Bilanz der Dezentralisierung gemischt. Da, wo sich Bürger engagiert haben, konnten Prozesse beschleunigt und demokratischer gemacht werden. Andernorts haben einflussreiche Bürgermeister dies verhindert.

Für Jilge sind die Probleme ein Zeichen dafür, dass die Formen des politischen Kampfes die alten geblieben sind. In Zukunft komme es darauf an, Kontrollmechanismen und Gewaltenteilung auch auf regionaler und lokaler Ebene einzuführen, forderte er. Große Hoffnung legten die Konferenzteilnehmer auch in die für 2020 geplanten Lokalwahlen.

Ohne TV keine Politik?

Nach wie vor ist es für zivilgesellschaftliche Kräfte überall in der Ukraine nicht leicht, Zugang zur Politik zu erhalten. „Der Sprung in die Ämter gelingt vielen nicht,“ so das Resümee der Arbeitsgruppe „Wahlkampf“. **Beate Apelt** von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kyiv berichtete, dass die bedeutendste Ausnahme Nationalisten

sind. Sie würden Programme umsetzen und wahrgenommen werden, sagte sie.

Immerhin wird der Medienmarkt demokratischer, weil das Internet zunehmend dem Fernsehen Konkurrenz macht. Allerdings ist für den Journalisten Rakhmanin das – überwiegend von wenigen Oligarchen kontrollierte – Fernsehen nach wie vor „wichtigster Propagandist“. Grünen-Politikerin Harms konstatierte: „Wer das TV kontrolliert, kontrolliert die Politik“.

Sonderfall Ostukraine

Eine Sonderstellung nimmt in vieler Hinsicht die Ostukraine ein, wo nach wie vor entlang der 500 Kilometer langen „Kontaktlinie“ zwischen Regierungstruppen und russisch kontrollierten Separatisten gekämpft wird. Dennoch konnte in der Arbeitsgruppe „Stabilisierung und Wachstumschancen“ über friedliche Entwicklungen gesprochen werden, wie Sergej Sumlenny von der Heinrich-Böll-Stiftung hinterher berichtete.

Zumindest in den regierungskontrollierten Teilen der Regionen Donetsk und Luhansk gibt es eine wirtschaftliche Belebung durch kleine und mittlere Betriebe. Die seit 2017 bestehende Wirtschaftsblockade der Separatistengebiete und der einhergehende Abbruch jahrzehntelanger Produktionsketten dürften aber den Niedergang der Schwerindustrie und die resultierende Abwanderung aus der Region noch beschleunigen.

Klar ist auch, dass die Aufarbeitung der andauernden Gewalt das Land auf absehbare Zeit beschäftigen wird. Schon heute sind fehlende oder vernichtete Beweise – etwa für die Schüsse auf dem Maidan oder von der Brandkatastrophe in Odessa - ein großes Problem, wie **Gabriele**

Freitag von der Gesellschaft für Osteuropakunde aus der entsprechenden Arbeitsgruppe mitteilte.

Andere Herausforderungen sind, dass sich viele Richter vor Ort nicht mit internationalem Recht auskennen, das aber für bewaffnete Konflikte maßgeblich ist. Zudem sind die Separatistengebiete für die ukrainische Justiz sowie die meisten Menschenrechtsgruppen nicht zugänglich.

Ziel einer Übergangsrechtsprechung („transitional justice“) müsse es sein, dass sich die Gewalt nicht wiederholen darf, erklärte Freitag.

Hoffnung Europa

Was bleibt, ist der Appell an die Europäer, der Ukraine weiter beizustehen. Das war der Tenor des letzten Panels, bei dem mit drei Bundestagsabgeordneten um die europäische Perspektive für das Land gesprochen wurde.

„Angesichts der bei uns ums sich greifenden Europaskepsis macht der Europa-Enthusiasmus in der Ukraine Mut - da müssen wir dranbleiben,“ erklärte etwa der SPD-Abgeordnete Dirk Wiese, der die Regierungspolitik für die Ukraine und Russland koordiniert.



Omid Nouripour von den Grünen ging einen Schritt weiter und forderte eine konkrete Beitrittsperspektive für Kyiv. Balkanstaaten wie

Bosnien-Herzegovina zeigten, dass dies entscheidend für Stabilität sei. Der Ukraine sei zudem mitten in der Transition ein Krieg aufgebürdet worden, und doch stehe das Land so hinter Europa, dass – wenn die Ukrainer dürften – vermutlich mehr Leute zu einer Europawahl gehen würden als in jedem EU-Land. „Das ist der Hammer,“ rief Nouripour. Wie schon Wiese vor ihm hatte Nouripour nur Lob übrig für die ukrainische Zivilgesellschaft.

Die FDP-Abgeordnete **Renata Alt** brachte auch das Thema Nord Stream II zur Sprache und betonte, dass ihre Partei hierfür eine gesamteuropäische Lösung wolle. Sie sei sich allerdings nicht sicher, ob das Gaspipeline-Projekt durch die Ostsee noch gestoppt werden könne. Wiese äußerte sich ähnlich vorsichtig und sagte, dass das Projekt nicht „im politikleeren Raum“ diskutiert werden könne.

Der CDU-Politiker Polenz hatte zu Konferenzbeginn Applaus geerntet als er sagte, dass der Bau von Nord Stream II falsch sei, weil es Russland zu viel Einfluss („der Hebel zum Abschalten“) auf die europäische Energieversorgung gebe.

Rostyslav Ogrzko, zweiter Mann an der ukrainischen Botschaft in Berlin, argumentierte, dass Nord Stream II ein Mittel sein könne, um mehr Druck auf Russland auszuüben. So könne man verlangen, ein Mindestvolumen russischen Gases durch die Ukraine zu transportieren. Für den Druck auf Russland, den es schon gibt, bedankte sich Ogrzko ausdrücklich bei Angela Merkel. Man sei sehr dankbar für die Haltung Berlins, dank der es in der EU Einigkeit bei den Sanktionen gegen Russland gebe.

Oleksandr Sushko von der Renaissance Stiftung in Kyiv erinnerte daran, dass es bei dem Konflikt mit Russland für die Ukraine um mehr als bloß Territorien wie der Krim gehe. Dies sei für

Russland nur ein Vorwand, um der Ukraine seinen Willen aufzuzwingen. Für die Ukraine sei das eine existentielle Bedrohung, weil es in der russischen Vorstellung gar keinen ukrainischen Staat gebe. Die EU forderte Sushko auf, zu einem aktiveren Spieler zu werden: „Man soll nicht mit Geschichte der mitlaufen, sondern die Prozesse steuern,“ sagte er.

Im kommenden Jahr findet die Jahreskonferenz der Kiewer Gespräche in der Ukraine statt. Für die engagierten Koordinatoren und Aktivisten der Kiewer Gespräche bleibt bis dahin sicherlich viel Arbeit zu tun.